

BGer U 328/05 vom 2. Februar 2006

Bundesgericht, 2006-02-02, DE

Quelle: https://mcp.opencaselaw.ch/entscheid/bger_U_328_05

FR: TF U 328/05 du 2 février 2006

IT: TF U 328/05 del 2 febbraio 2006

Regeste

Unfallversicherung | Unfallversicherung

Erwägungen

E. 1

Das verwaltungsgerichtliche Beschwerdeverfahren kennt - von hier nicht bestehenden spezialgesetzlichen Ausnahmen abgesehen - das Institut der Anschlussbeschwerde nicht (BGE 124 V 155 Erw. 1 mit Hinweis). Auf den ausserhalb des durch die Verwaltungsgerichtsbeschwerde bestimmten Streitgegenstandes (vgl. BGE 117 V 295 Erw. 2a, 110 V 51 Erw. 3c) liegenden Antrag des Beschwerdegegners, es sei ihm eine Invalidenrente von 50 % zuzusprechen, ist daher nicht einzutreten (vgl. aber Erw. 2.1 hernach in fine).

E. 2.1

In der hier zu beurteilenden Streitigkeit über die Bewilligung oder Verweigerung von Versicherungsleistungen ist die Überprüfungsbefugnis des Eidgenössischen Versicherungsgerichts nicht auf die Verletzung von Bundesrecht einschliesslich Überschreitung oder Missbrauch des Ermessens beschränkt, sondern sie erstreckt sich auch auf die Angemessenheit der angefochtenen Verfügung; das Gericht ist dabei nicht an die vorinstanzliche Feststellung des rechtserheblichen Sachverhalts gebunden und kann über die Begehren der Parteien zu deren Gunsten oder Ungunsten hinausgehen (Art. 132 OG). Vor diesem Hintergrund sind die Vorbringen des Beschwerdegegners, mit denen er sein unzulässiges Rechtsbegehren (vgl. Erw. 1 hievor) begründet, gegebenenfalls im Rahmen einer Abänderung des angefochtenen Entscheides zu seinen Gunsten zu berücksichtigen (vgl. BGE 106 V 249 Erw. 1 in fine).

E. 2.2

Dem Prinzip der Rechtsanwendung von Amtes wegen (Art. 114 Abs. 1 in fine in Verbindung mit Art. 132 OG) entsprechend hat sich das Eidgenössische Versicherungsgericht nicht darauf zu beschränken, den Streitgegenstand bloss im Hinblick auf die von den Parteien aufgeworfenen Rechtsfragen zu überprüfen. Es kann eine Beschwerde aus anderen Gründen gutheissen oder abweisen, als sie von der Beschwerde führenden Person vorgetragen oder von der Vorinstanz erwogen worden sind (BGE 124 V 340 Erw. 1b mit Hinweis; vgl. auch BGE 125 V 500 Erw. 1 sowie in BGE 130 V 309 nicht publizierte, aber in SVR 2004 ALV Nr. 10 S. 28 veröffentlichte Erw. 3.1 des Urteils C 225/03; ferner BGE 128 II 150 f. Erw. 1.2.2 und 127 II 268 Erw. 1b, je mit Hinweisen).

E. 3.1

Der - hier einzig umstrittene - Umfang des Anspruchs des Beschwerdegegners auf eine Invalidenrente ab 1. August 1997 ist nach den allgemeinen Grundsätzen des intertemporalen Rechts und des zeitlich massgebenden Sachverhalts (vgl. BGE 129 V 4 Erw. 1.2, 169 Erw. 1, 356 Erw. 1, je mit Hinweisen) für die Zeit vor In-Kraft-Treten des Bundesgesetzes über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts vom 6. Oktober 2000 (ATSG; SR 830.1) am 1. Januar 2003 aufgrund der damals gültig gewesenen Bestimmungen des UVG zu beurteilen, während für die Zeit ab 1. Januar 2003 bis zum Zeitpunkt des Einspracheentscheids vom 14. Mai 2004 (als zeitlicher Grenze der richterlichen Überprüfungsbefugnis; BGE 121 V 366 Erw. 1b mit Hinweis; vgl. auch BGE 129 V 4 Erw. 1.2, 169 Erw. 1, 356 Erw. 1, je mit Hinweisen) die Rechtslage unter der Herrschaft des ATSG massgebend ist (vgl. zum Ganzen BGE 130 V 446 f. Erw. 1.2.1 und 1.2.2, mit Hinweis auf BGE 130 V 329 ; ferner Urteil B. vom 7. April 2005 [U 458/04] Erw. 1 mit Hinweisen und B. vom 23. Mai 2005 [U 15/05] Erw. 1). Diese intertemporalrechtliche Ordnung ist für den Verfahrensausgang indessen insofern von untergeordneter Bedeutung, als die im ATSG enthaltenen Umschreibungen hinsichtlich der unfallversicherungsrechtlichen Invaliditätsbemessung keine substantiellen Änderungen gegenüber der bis 31. Dezember 2002 gültig gewesenen Normenlage brachten. Denn gemäss RKUV 2004 Nr. U 529 S. 572 (= Urteil G. des Eidgenössischen Versicherungsgerichts vom 22. Juni 2004, U 192/03) entsprechen die im ATSG enthaltenen Legaldefinitionen der Arbeitsunfähigkeit (Art. 6 ATSG), der Erwerbsunfähigkeit (Art. 7 ATSG) und der Invalidität (Art. 8 ATSG) ebenso wie die Vorschrift über die Bestimmung des Invaliditätsgrades (bei erwerbstätigen Versicherten; Art. 16 ATSG) den bisherigen, von der Rechtsprechung dazu entwickelten Begriffen und Grundsätzen in der Unfallversicherung (vgl. Art. 18 Abs. 2 Satz 1 und 2 UVG in der bis 31. Dezember 2002 gültig gewesenen Fassung). Keine materiellrechtliche Änderung bringt auch der redaktionell neu gefasste Unfallbegriff des Art. 4 ATSG (RKUV 2004 Nr. U 530 S. 576; altrechtlich vgl. Art. 9 Abs. 1 UVV , in Kraft gestanden bis 31. Dezember 2002).

E. 3.2

Wird der Versicherte infolge eines Unfalles invalid, so hat er Anspruch auf eine Invalidenrente (Art. 18 Abs. 1 UVG in der bis 31. Dezember 2002 gültigen Fassung). Als invalid gilt, wer voraussichtlich bleibend oder für längere Zeit in seiner Erwerbsfähigkeit beeinträchtigt ist (Art. 18 Abs. 2 Satz 1 UVG in der bis 31. Dezember 2002 gültig gewesenen Fassung; Art. 8 ATSG). Für die Bestimmung des Invaliditätsgrades wird das Erwerbseinkommen, das der Versicherte nach Eintritt der unfallbedingten Invalidität und nach Durchführung allfälliger Eingliederungsmassnahmen durch eine ihm zumutbare Tätigkeit bei ausgeglichener Arbeitsmarktlage erzielen könnte, in Beziehung gesetzt zum Erwerbseinkommen, das er erzielen könnte, wenn er nicht invalid geworden wäre (Art. 18 Abs. 2 Satz 2 UVG in der bis 31. Dezember 2002 gültigen Fassung; Art. 16 ATSG). Nach der Rechtsprechung hat der Einkommensvergleich - von hier nicht interessierenden Ausnahmen abgesehen - in der Regel in der Weise zu erfolgen, dass die beiden hypothetischen Erwerbseinkommen möglichst genau ermittelt und einander gegenübergestellt werden, worauf sich aus der Einkommensdifferenz der Invaliditätsgrad bestimmen lässt (allgemeine Methode des Einkommensvergleichs; BGE 128 V 30 Erw. 1, 104 V 136 Erw. 2a und b).

E. 3.3.1

Für die Ermittlung des Einkommens, welches der Versicherte ohne Invalidität erzielen könnte (Valideneinkommen), ist entscheidend, was er im Zeitpunkt des frühest möglichen Rentenbeginns, hier: am 1. August 1997, nach dem Beweisgrad der überwiegenden Wahrscheinlichkeit als Gesunder tatsächlich verdient hätte. Dabei wird in der Regel am zuletzt erzielten, nötigenfalls der Teuerung und der realen Einkommensentwicklung angepassten Verdienst angeknüpft, da es der empirischen Erfahrung entspricht, dass die bisherige Tätigkeit ohne Gesundheitsschaden fortgesetzt worden wäre. Ausnahmen müssen mit überwiegender Wahrscheinlichkeit erstellt sein (BGE 129 V 224 Erw. 4.3.1 mit Hinweis; RKUV 2000 Nr. U 400 S. 381 Erw. 2a mit Hinweis [= Urteil G. vom 14. Juli 2000, U 297/99], 1993 Nr. U 168 S. 101 Erw. 3b in fine [= Urteil U. vom 2. Februar 1993, U 110/92]).

E. 3.3.2

Überstundenentschädigungen können bei der Bemessung des Valideneinkommens berücksichtigt werden, wenn es sich um Entgelt mit Lohncharakter und nicht um Spesenentschädigungen handelt (RKUV 1989 Nr. U 69 S. 180; vgl. auch RKUV 2000 Nr. U 400 S. 381 sowie - für die Invalidenversicherung - AHI 2002 S. 155 [= Urteil S. vom 17. Dezember 2001, I 357/01]; vgl. ferner Ueli Kieser, ATSG-Kommentar: Kommentar zum Bundesgesetz über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts vom 6. Oktober 2000, Zürich 2003, N 11 zu Art. 16, mit mehreren Hinweisen). Da aber die Invaliditätsschätzung der dauernd oder für längere Zeit bestehenden Erwerbsunfähigkeit entsprechen muss, bildet Voraussetzung für die Berücksichtigung eines derartigen Zusatzeinkommens, dass der Versicherte aller Voraussicht nach damit hätte rechnen können. Massgebend ist nach dem im Sozialversicherungsrecht üblichen Beweisgrad der überwiegenden Wahrscheinlichkeit (BGE 126 V 360 Erw. 5b), ob der Versicherte aufgrund seiner konkreten erwerblichen Situation und seines tatsächlichen Arbeitseinsatzes vor dem Unfall wahrscheinlich weiterhin ein Zusatzeinkommen zufolge Überstundenarbeit hätte erzielen können; die blosser Möglichkeit dazu genügt nicht (RKUV 1989 Nr. U 69 S. 180 f. Erw. 2c [= Urteil S. vom 3. November 1988, U 24/88]). Dieselben Voraussetzungen müssen erfüllt sein, damit ein Leistungslohn oder Leistungsprämien, welche dem Versicherten vor dem Unfall ausgerichtet wurden, im Rahmen des Einkommensvergleichs als Valideneinkommen mit berücksichtigt werden können.

E. 3.3.3

In zeitlicher Hinsicht sind für den Einkommensvergleich die hypothetischen Erwerbseinkommen des Versicherten im Zeitpunkt des Beginns des Rentenanspruches - hier: am 1. August 1997 - einander gegenüberzustellen. Allfällige rentenwirksame Änderungen der Vergleichseinkommen in der Zeit zwischen Rentenbeginn und Einspracheentscheid sind zwar zu berücksichtigen, doch müssen diesfalls sowohl das Valideneinkommen als auch das Invalideneinkommen für den gleichen, dem Rentenbeginn nachfolgenden Zeitpunkt neu ermittelt werden (BGE 129 V 223 Erw. 4.1, 128 V 174 Erw. 4a).

E. 4

Streitig und zu prüfen ist der - mangels Verbindlichkeit des entsprechenden Entscheids der Invalidenversicherung für den Unfallversicherer vorinstanzlich zu Recht frei ermittelte (BGE 131 V 362 sowie Erw. 3.1 des zur Publikation in der Amtlichen Sammlung bestimmten Urteils N. vom 9. Dezember 2005, I 66/05) - Invaliditätsgrad, wobei die

Beschwerde führende SUVA einzig das vom kantonalen Gericht auf Fr. 72'078.- festgesetzte Valideneinkommen beanstandet.

E. 4.1

Das kantonale Gericht hat erwogen, beim Valideneinkommen könne nicht vom Erwerbseinkommen von Fr. 63'631.- (13 x Fr. 4467.- zuzüglich Fr. 5560.- Leistungsprämien und Überzeitenschädigung) ausgegangen werden, welches der Beschwerdegegner im Jahre 1997 an seiner angestammten Arbeitsstelle erzielt hätte, wenn er gesund geblieben wäre. Denn aus den Tabellenlöhnen der vom Bundesamt für Statistik herausgegebenen Lohnstrukturerhebungen (LSE) für das 1998 gehe hervor, dass damit auf ein unterdurchschnittliches Einkommen abgestellt würde. Gemäss Lohnstatistik hätten Männer im Wirtschaftszweig Metallbe- und -verarbeitung 1998 an einem Arbeitsplatz mit dem Anforderungsniveau 3 durchschnittlich einen Lohn (Zentralwert) von Fr. 61'932.- (12 x Fr. 5161.-) und an einem Arbeitsplatz mit dem Anforderungsniveau 1 und 2 einen Durchschnittslohn (Zentralwert) von Fr. 76'740.- (12 x Fr. 6395.-) erzielt (LSE 1998, Tabelle TA 1, Sektor 2 [Produktion], Kategorie 27 und 28). Es sei daher gerechtfertigt, beim Valideneinkommen vom Mittelwert dieser beiden statistischen Löhne, d.h. von Fr. 72'631.- auszugehen, was indexiert für das Jahr 1997 einem Einkommen ohne Invalidität von Fr. 72'078.- entspreche. Die SUVA rügt, dass der Versicherte vor dem Unfall als angelernter Schweisser tätig gewesen und von seiner Arbeitgeberfirma nicht unterdurchschnittlich entlohnt worden sei. Vielmehr habe sich seine Entlohnung im Bereich zwischen den statistischen Durchschnittslöhnen für das Anforderungsniveau 3 und 4 im Wirtschaftszweig Metallbe- und -verarbeitung bewegt. Zudem seien keine invaliditätsfremden Gründe für eine branchenunübliche Entlohnung des Beschwerdegegners ersichtlich.

E. 4.2

Der vorinstanzlich vertretenen Auffassung, der Beschwerdegegner sei von seiner Arbeitgeberfirma unterdurchschnittlich entlohnt worden, - was rechtsprechungsgemäss entweder gar nicht oder aber auch beim Invalideneinkommen lohnmindernd zu berücksichtigen ist (BGE 129 V 225 Erw. 4.4 mit Hinweisen), wenn hiefür invaliditätsfremde Gründe massgebend sind -, kann nicht beigespflichtet werden. Dagegen spricht schon die lange Dauer des konkreten Arbeitsverhältnisses. Der Beschwerdegegner war von Oktober 1978 bis 31. Januar 1997, also während über 18 Jahren ununterbrochen bei der Firma G._____ AG erwerbstätig. Spätestens nachdem er eine Niederlassungsbewilligung erhalten hatte, war er in der Wahl seines Arbeitgebers frei (Art. 3 Abs. 3 des Bundesgesetzes über Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer vom 26. März 1931 [ANAG]; SR 142.20) und hätte daher nach allgemeiner Erfahrung seine Arbeitsstelle gewechselt, wenn die Firma G._____ AG ihm aus invaliditätsfremden Gründen einen branchenunüblichen zu tiefen Lohn ausgerichtet hätte. Ausserdem hat die Vorinstanz die berufliche Qualifikation des Beschwerdegegners überschätzt, wenn sie vergleichsweise den Tabellenlohn für das Anforderungsniveau 1 und 2 im Bereich der Metallbe- und -verarbeitung herangezogen hat. In diesen beiden Lohnstufen werden die für höchst anspruchsvolle und schwierigste Arbeiten (Anforderungsniveau 1) bzw. für selbstständige und qualifizierte Arbeiten (Anforderungsniveau 2) ausgerichteten Löhne erfasst, was betrieblich regelmässig mit einer - hier fehlenden - leitenden Funktion verbunden ist. Zwar ist der Beschwerdegegner entgegen der Behauptung der SUVA in der Firma G._____ AG nicht bloss als angelernter Schweisser tätig gewesen. Vielmehr

wurde sein Beruf in der Unfallmeldung als "Schweisser" angegeben. Er hat in Griechenland eine Lehre als Kunstschlosser absolviert, war vor dem Unfall vielseitig sowohl als Schlosser als auch als Schweisser einsetzbar und wird als zuverlässiger, guter Mitarbeiter geschildert, mit dessen Leistungen und Verhalten die Arbeitgeberfirma zufrieden war (Angaben der Arbeitgeberfirma gegenüber der SUVA vom 8. Januar 1996). Auch unter Berücksichtigung dieser tadellosen beruflichen Qualifikationen durch die langjährige Arbeitgeberfirma könnte er jedoch in der Lohnstatistik nicht höher als im Anforderungsniveau 3 eingestuft werden, welches Tätigkeiten umfasst, die Berufs- und Fachkenntnisse voraussetzen. In dieser Lohnstufe betrug der Durchschnittslohn von in der Metallbe- und -verarbeitung tätigen Männern im Jahre 1998 Fr. 5161.- monatlich (Basis: 40 Stunden/Woche), jährlich somit Fr. 61'932.-; zurückgerechnet auf das Jahr 1997 (Rentenbeginn; vgl. Erw. 3.3.3 hievon) resultiert der Betrag von Fr. 62'242.- (plus 0,5 %; vgl. Bundesamt für Statistik [Hrsg.], Lohnentwicklung 2002: T1.93 Nominallohnindex 1997-2002, D/27-28 [Metallbe- und -verarbeitung], S. 30). Im angestammten Betrieb betrug der hypothetische Grundlohn des Beschwerdegegners ohne Unfall im Jahre 1997 Fr. 4467.- monatlich und im Jahre 1998 Fr. 4600.- monatlich (40 Stunden/Woche = betriebsübliche Wochenarbeitszeit gemäss Angaben des Arbeitgebers); zusätzlich wäre jährlich eine Leistungs-/ Überzeitemtschädigung von Fr. 5560.- zu erwarten gewesen. Damit hätte der Beschwerdeführer im Jahre 1997 ein Einkommen von Fr. 63'631.- und im Jahre 1998 ein solches von Fr. 65'360.- erzielt, welche Beträge über den entsprechenden Tabellenlöhnen liegen. Es besteht daher kein Grund, von einer Unterentlohnung des Beschwerdegegners durch seine langjährige Arbeitgeberfirma auszugehen und bei der Ermittlung des Valideneinkommens nicht bei dem am angestammten Arbeitsplatz tatsächlich erzielten und der realen Einkommensentwicklung angepassten Verdienst anzuknüpfen.

E. 4.3

Der Beschwerdegegner hat im Jahre 1995 einen Grundlohn von Fr. 4427.- monatlich (x 13) und im Jahr vor dem Unfall einen Zusatzlohn aus Überzeitarbeit und Leistungsprämien von Fr. 5560.- erzielt. Ohne Unfall hätte er somit 1995 einen Jahreslohn von Fr. 63'110.- erzielt. Dieser Verdienst hätte sich nach den Lohnangaben der Arbeitgeberfirma, die den konkreten betrieblichen Lohnverhältnissen entsprechen, in den Folgejahren wie folgt entwickelt:
Grundlohn (x13) Leistungsprämien/ Überzeitemtschädigung Total 1996 4467.-- 5560.-- 63'631.-- 1997 4467.-- 5560.-- 63'631.-- 1998 4600.-- 5560.-- 65'360.-- 1999 4700.-- 5560.-- 66'660.-- Das Erwerbseinkommen des Beschwerdegegners hätte sich somit ohne Unfall in den fünf Jahren von 1995 bis 1999 im angestammten Arbeitsverhältnis von Fr. 63'110.- auf Fr. 66'660.-, somit insgesamt um 5,6 % erhöht. Vergleicht man diese Einkommensentwicklung mit dem Nominallohnindex für den Wirtschaftszweig Metallbe- und -verarbeitung, der sich in derselben Zeitspanne lediglich von 102,3 auf 104,5 Punkte (Bundesamt für Statistik [Hrsg.], Lohnentwicklung 2002: T1.93: Lohnentwicklung 1995-2000, D/27-28), d.h. um 2,15 % erhöht hat, so zeigt sich, dass der Beschwerdegegner ohne Unfall bei seiner früheren Arbeitgeberfirma in den Jahren 1995 bis 1999 von einer überdurchschnittlichen Lohnentwicklung hätte profitieren können, was im Rahmen des Einkommensvergleichs zu berücksichtigen ist (vgl. Erw. 4.4 hernach).

E. 4.4

Mit Bezug auf das Invalideneinkommen ist in Übereinstimmung mit dem kantonalen Gericht vom Tabellenlohn der Lohnstrukturerhebung 1998 für einfache und repetitive Arbeiten in der privaten Wirtschaft von Fr. 4268.- monatlich auszugehen. Entgegen der in

der Vernehmlassung zur Verwaltungsgerichtsbeschwerde vertretenen Auffassung ist der Beschwerdegegner unfallbedingt nicht zum "faktischen Einhänder" geworden, der nur noch im Dienstleistungsbereich eingesetzt werden und keinerlei produktionsnahe Tätigkeiten mehr ausüben könnte. Vielmehr sind ihm gemäss ärztlicher Beurteilung leichte, manuelle Tätigkeiten ohne Arbeiten auf Überkopf-, Kopf- und Brusthöhe ganztags zumutbar (Gutachten der Orthopädischen Klinik Z. _____ vom 14. Februar 2002, S. 14; Ärztliche Beurteilung des Dr. med. T. _____ vom 19. April 2001, S. 7 f.), was einen entsprechenden Einsatz in einem Produktionsbetrieb der privaten Wirtschaft keineswegs ausschliesst. Abweichend von der Vorinstanz ist dagegen die dem statistischen Invalidenlohn zugrunde liegende Wochenarbeitszeit von 40 Stunden nicht auf eine betriebsübliche Arbeitszeit von 41,9 Wochenstunden (vgl. Tabelle B 9.2/Total, in: Die Volkswirtschaft, Heft 11/2004, S. 86) umzurechnen, da der Beschwerdegegner im angestammten Betrieb bereits im Jahre 1995 ebenfalls eine Normalarbeitszeit von lediglich 40 Wochenstunden zu leisten hatte (Unfallmeldung UVG vom 10. April 1995) und für die darüber hinaus geleistete Überzeit zusätzlich entlohnt wurde. Andernfalls würde der Beschwerdegegner beim Invalideneinkommen schlechter gestellt, als wenn er bei voller Gesundheit im angestammten Betrieb hätte weiterarbeiten können (Parallelität der Bemessungsfaktoren; vgl. BGE 129 V 225 Erw. 4.4; ZAK 1989 S. 458 Erw. 3b [= Urteil S. vom 4. April 1989, I 362/88]; RKUV 1993 Nr. U 168 S. 104 Erw. 5b [= Urteil U. vom 2. April 1993, U 110/92]). Unter Berücksichtigung der Nominallohnentwicklung sowie des - unbestritten auf 20 % festzusetzenden leidensbedingten Abzugs (BGE 129 V 481 Erw. 4.2.3 mit Hinweisen; AHI 2002 S. 67 ff. Erw. 4) - ergibt sich für das Jahr des Rentenbeginns (1997) ein Invalideneinkommen von Fr. 40'686.- ([Fr. 4268.- x 12] x 0,993 [- 0,7 % (vgl. Bundesamt für Statistik, Lohnentwicklung 2002: T1.93 Nominallohnindex 1997-2002/Total, S. 30) x 0,8]) und damit ein Invaliditätsgrad von 36,05 %. Bis zum Jahr 2004 (Einspracheentscheid; vgl. Erw. 3.3.3 hievor) entwickelte sich der Invaliditätsgrad wie folgt, wobei auf Seiten des Valideneinkommens mangels näherer Angaben des Arbeitgebers ab 2000 auf die durchschnittliche Steigerung des Nominallohnindex im Wirtschaftszweig Metallbe- und -verarbeitung abzustellen ist (vgl. Bundesamt für Statistik, Lohnentwicklung 2003: T1.93 Nominallohnindex 1999-2003, S. 36; für 2003-2004: Tabelle B. 10.2/D [Industrie/verarbeitendes Gewerbe], in: Die Volkswirtschaft, Heft 12/ 2005, S. 95), von welcher der Beschwerdeführer - auch mit Blick auf die überdurchschnittliche hypothetische Lohnentwicklung der früheren Jahre (vgl. Erw. 4.3 hievor in fine) - mit überwiegender Wahrscheinlichkeit (im Minimum) profitiert hätte: 1998: 37,31 %; 1999: 38,35 % (Invalideneinkommen: [Fr. 4268.- x 12 x 0,8] + 0,3 %); 2000: 37,16 % (Invalideneinkommen: [LSE 2000, TA1/Total/ Männer/Anforderungsniveau 4: Fr. 4437.-] x 12 x 0,8; Valideneinkommen: Fr. 66'660.- [1999] + 1,7 %); 2001: 37,35 % (Invalideneinkommen: [Fr. 4437.- x 12 x 0,8] + 2,5 %; Valideneinkommen: Fr. 67'793.22 [Vorjahreswert] + 2,8 %); 2002: 38,27 % (Invalideneinkommen: [LSE 2002, TA1/Total/Männer/Anforderungsniveau 4: Fr. 4557.-] x 12 x 0,8; Valideneinkommen: Fr. 69'691.43 [Vorjahreswert] + 1,7 %); 2003: 38,09 % (Invalideneinkommen: [Fr. 4557.- x 12 x 0,8] + 1,4 %; Valideneinkommen: Fr. 70'876.18 [Vorjahreswert] + 1,1 %); 2004: 37,97 % (Invalideneinkommen: Fr. 44'359.66 [Vorjahreswert] + 0,9 %; Valideneinkommen; Fr. 71'655.82 [Vorjahreswert] + 0,7 %). Im Mittel betrug der Invaliditätsgrad zwischen 1997 (Rentenbeginn) und 2004 (Einspracheentscheid) somit 37,56 %, aufgerundet (BGE 130 V 123 Erw. 3.2 und 3.3; vgl. auch nicht publizierte Erw. 5.2 des Urteils BGE 130 V 393 [I 634/03]) 38 %.

E. 4.5

Zusammenfassend ergibt sich, dass der Beschwerdeführer ab 1. April 1997 Anspruch auf eine Invalidenrente gestützt auf einen Invaliditätsgrad von 38 % hat.

E. 5

Das Verfahren ist kostenlos (Art. 134 OG). Dem Prozessausgang entsprechend ist dem Beschwerdegegner eine reduzierte Parteientschädigung zuzusprechen (Art. 135 in Verbindung mit Art. 159 OG). Demnach erkennt das Eidg. Versicherungsgericht:

Export aus OpenCaseLaw (CC0). Verbindlich ist allein der vom erlassenden Gericht veröffentlichte Originaltext. Quellen-URL siehe oben.